

Umwelt- und Energiepolitik – vieles ist an CDU/CSU gescheitert

Politik heißt Verantwortung zu übernehmen. Die Fraktion von CDU/CSU und ihre zuständigen Minister haben oft gekniffen. Im Bereich Umwelt und Energie ist das besonders deutlich geworden:

Atommüll ist der Union egal: Laufzeiten für Atomkraftwerke will die Union verlängern, aber die Suche nach einem Endlager hat sie verhindert! Der Vorschlag von Umweltminister Sigmar Gabriel war: Mit einem Endlagersuchgesetz sollten auf Basis internationaler Standards verschiedene Standorte auf ihre Eignung als Endlager überprüft werden. Hat kein anderer Standort Vorteile gegenüber dem in Gorleben, bleibt es bei diesem Projekt. Aber das haben CDU und CSU aus Baden-Württemberg und Bayern verhindert. Dort gibt es zwar viele Atomkraftwerke. Aber der Atommüll soll woanders hin.

Warum Energieeffizienz – der Strom kommt aus der Dose: Deutschland muss EU-Recht bei der Steigerung der Energieeffizienz umsetzen. Zuständig war erst Michael Glos und zuletzt Karl-Theodor zu Guttenberg. Beide CSU-Minister gehören zwar einer Bundesregierung an, die die Energieproduktivität bis zum Jahr 2020 verdoppeln will. Aber sobald es um halbwegs anspruchsvolle Maßnahmen geht, um das auch zu erreichen, kniefen sie. Ergebnis: Auch mehr als ein Jahr nach Ablauf der EU-Umsetzungsfrist fehlt ein Energieeffizienzgesetz in Deutschland.

Gesetze nach dem Willen der Energieriesen: Gescheitert ist an CDU/CSU auch das Gesetz zur Regelung von Abscheidung, Transport und Speicherung von Kohlendioxid (engl. Carbon Capture and Storage – CCS). Erst sollte alles nach dem Willen von RWE und Vattenfall laufen. Dann entdeckte die Union auf einmal Belange von Anwohnern und Bürgern. Darauf hatten wir bereits in den Verhandlungen zum Gesetz hingewiesen – die Union hatte das aber abgelehnt. Fazit: Wenn es passt, bleibt das Gesetz erstmal auf der Strecke. Aber was passiert mit den Bürgerbelangen zu CCS in Zukunft, Frau Merkel?

Auch wirtschaftsfeindlich in Sachen Umwelt – die Union: Ein Trauerspiel war auch das Gezerre um das Umweltsatzbuch (UGB): Nach jahrelangen Verhandlungen war der Entwurf fertig. Vereinheitlichte Genehmigungsverfahren hätten Kosten in der Wirtschaft eingespart. Aber am Ende hat die CSU das Vorhaben mit fadenscheinigen Gründen zur Strecke gebracht.

Ländliche Räume brauchen Zukunft

Gute Politik für die Menschen in den ländlichen Regionen heißt nachhaltige Landwirtschaftspolitik, aber auch nachhaltige Entwicklung von Wertschöpfung und Infrastruktur im ländlichen Raum zu fördern. Dies geht nicht ohne Orientierung an den Ansprüchen der Verbraucher und frühzeitige Reaktion auf absehbare Entwicklungen. Das sieht die Union nicht und verspielt die Zukunft.

Die Große Koalition hat die Reformen in der EU-Agrarpolitik weitergeführt. Intervention und Exportsubventionen wurden abgebaut, Subventionen an die Einhaltung von Standards des Umwelt- und Verbraucherschutzes gebunden. Es gibt mehr Transparenz über die Zahlungen. Verbesserungen haben wir im Tierschutz, beim Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln oder im ökologischen Landbau erreicht. Auch die Modernisierung des Rechts der landwirtschaftlichen Sozialversicherung wurde auf den Weg gebracht. Auf unser Drängen wurde die interministerielle Arbeitsgruppe eingerichtet, die zumindest die richtigen Fragen über die künftige Entwicklung des ländlichen Raums aufgeworfen hat, und die Debatte in den Ländern beschleunigt.

Die Entwicklung ländlicher Regionen braucht mehr Engagement für Infrastruktur, nachhaltige Landbewirtschaftung oder Tierschutz. Dies ist mit der Fraktion von CDU/CSU aufgrund ihrer Ausrichtung auf Partikularinteressen nicht möglich. So wurden die Umschichtung von Mitteln blockiert, Agrardieselsubventionen erhöht oder Mittel für Breitbandversorgung für kurzfristige Maßnahmen verwendet. Die Begleitung der Landwirtschaft zur Bewältigung neuer Herausforderungen durch Klimawandel, biologische Vielfalt, Bodenschutz und Wassermanagement wurde nicht in Angriff genommen. Die Regelung von Grundsätzen einer nachhaltigen Waldwirtschaft angesichts von Klimawandel und verstärkter Biomassennutzung steht auch noch aus.